

## **2. Sitzung**

am Montag, dem 19. Juli 1999

---

### **Inhalt**

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung ..... 9

#### **Fragestunde**

##### **1. Auslastung des Musicals**

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Juli 1999 ..... 10

##### **2. Schulzentrum Huckelriede**

Anfrage der Abgeordneten Frau Hövelmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 8. Juli 1999 ..... 10

##### **3. Gutachten zum Hollerland**

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Juli 1999 ..... 11

##### **4. Öffnung des Blocklandes**

Anfrage der Abgeordneten Mützelburg, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Juli 1999 ..... 12

**Aktuelle Stunde** ..... 13

#### **Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Eigenbetriebe der Stadtgemeinde Bremen**

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Juli 1999  
(Drucksache 15/4 S)

#### **Betriebsausschüsse der Eigenbetriebe der Stadtgemeinde Bremen**

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Juli 1999  
(Drucksache 15/7 S) ..... 13

**Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses**

**Haushalts- und Finanzausschuss**

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 16. Juli 1999

(Drucksache 15/5 S) ..... 14

**Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses**

**Städtischer Rechnungsprüfungsausschuss**

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen

vom 19. Juli 1999

(Drucksache 15/12 S) ..... 14

**Gastronomie unter freiem Himmel**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 8. Juli 1999

(Drucksache 15/1 S)

**Freiluftgastronomie in der Innenstadt bis 24 Uhr öffnen**

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 19. Juli 1999

(Drucksache 15/8 S)

Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) .....	15
Abg. Focke (CDU) .....	17
Abg. Kleen (SPD) .....	17
Senator Hattig .....	19
Abstimmung .....	20

**Übertragung von Aufgaben der Stadtbürgerschaft auf die städtische Deputation für Bau**

Mitteilung des Senats vom 13. Juli 1999

(Drucksache 15/2 S) ..... 20

**Altersteilzeit beschäftigungswirksam umsetzen – Junge Lehrer/-innen sofort einstellen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 16. Juli 1999

(Drucksache 15/3 S)

**Altersteilzeit beschäftigungswirksam umsetzen – Junge Lehrerinnen und Lehrer sofort einstellen**

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 19. Juli 1999

(Drucksache 15/11 S)

Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen) .....	21
Abg. Frau Hövelmann (SPD) .....	21
Abg. Bürger (CDU) .....	22
Senator Lemke .....	24
Abstimmung .....	26

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Borttscheller, Isola, Kastendiek, Nalazek.

**Vizepräsident Ravens**

**Präsident Weber**

**Schriftführerin Arnold-Cramer**  
**Schriftführerin Marken**

---

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Finanzen

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

---

Staatsrat **Dr. Dannemann** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrätin **Winther** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, die zweite Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse. Es ist ein bisschen wenig, ein Hinweis auf die Ferien, aber die Presse ist natürlich vertreten.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen zu Beginn der heutigen Sitzung Veränderungen in der Zusammensetzung der Stadtbürgerschaft mitteilen.

Die Abgeordneten Elisabeth Motschmann, Sibylle Winther und Reinhard Metz sind durch Verzicht aus der Bürgerschaft ausgeschieden. Der Landeswahlleiter hat mir mitgeteilt, dass Herr Claas Rohmeyer und Herr Bernhard Kurpiers als Listennachfolger in die Bürgerschaft eingetreten sind.

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ich möchte Sie auch noch davon in Kenntnis setzen, dass Herr Senator a. D. Ralf Borttscheller mir nach der Senatswahl am 7. Juli 1999 schriftlich mitgeteilt hat, dass er von seinem Recht aus Artikel 108 Absatz 2 der Landesverfassung beziehungsweise Paragraph 36 Absatz 3 des Wahlgesetzes Gebrauch gemacht hat, wieder in die Bürgerschaft einzutreten.

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Altersteilzeit beschäftigungswirksam umsetzen - Junge Lehrer/-innen sofort einstellen, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Juli 1999, Drucksache 15/3 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrages herbeiführen.

Möchte jemand die Dringlichkeit begründen? - Sie ist begründet, Frau Linnert, das sehe ich auch so!

Wer also der Dringlichkeit des Antrages zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Stadtbürgerschaft ist damit einverstanden.

2. Ortsgesetz zur Änderung von Ortsgesetzen über Eigenbetriebe der Stadtgemeinde Bremen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Juli 1999, Drucksache 15/4 S.

Interfraktionell ist vereinbart worden, dieses Gesetz im Anschluss an Punkt zwei zu behandeln.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

3. Haushalts- und Finanzausschuss, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 16. Juli 1999, Drucksache 15/5 S.

Ich lasse über die dringliche Behandlung dieses Antrages abstimmen.

Wer mit einer Dringlichkeit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Danke! - Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage vor, diesen Antrag mit Tagesordnungspunkt drei - Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses - zu verbinden und vor der Wahl zur Abstimmung zu stellen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

4. Städtischer Rechnungsprüfungsausschuss, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Juli 1999, Drucksache 15/12 S.

Ich lasse auch hier zunächst über die dringliche Behandlung dieses Antrages abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung dieses Antrages einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit einer dringlichen Behandlung einverstanden.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit Tagesordnungspunkt vier - Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses - zu verbinden und vor der Wahl zur Abstimmung zu stellen.

Ich höre keinen Widerspruch, dann ist auch das so beschlossen.

5. Betriebsausschüsse der Eigenbetriebe der Stadtgemeinde Bremen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Juli 1999, Drucksache 15/7 S.

Ich lasse gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung auch hier erst über die dringliche Behandlung dieses Antrages abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung des Antrages zu.

(Einstimmig)

Ich schlage vor, diesen Antrag mit dem Ortsgesetz zur Änderung von Ortsgesetzen über Eigenbetriebe der Stadtgemeinde Bremen zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann verfahren wir so.

6. Freiluftgastronomie in der Innenstadt bis 24.00 Uhr öffnen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 19. Juli 1999, Drucksache 15/8 S.

Ich lasse auch hier zunächst über die dringliche Behandlung des Antrages abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrages einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich danke Ihnen! - Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit einer dringlichen Behandlung einverstanden.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit Tagesordnungspunkt 17 - Gastronomie unter freiem Himmel - zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

7. Altersteilzeit beschäftigungswirksam umsetzen - Junge Lehrerinnen und Lehrer sofort einstellen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 19. Juli 1999, Drucksache 15/11 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung lasse ich auch hier über die Dringlichkeit dieses Antrages abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung dieses Antrages zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich danke Ihnen! - Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit außerhalb der Tagesordnung - Altersteilzeit beschäftigungswirksam umsetzen - Junge Lehrer/-innen sofort einstellen - vor.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir entsprechend verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

#### **Eingänge gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung**

1. Bebauungsplan 2136 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Mitte zwischen Rutenstraße, Hausnummern 9 bis 12, Contrescarpe, Hausnummern 8 bis 36, und Kohlhöckerstraße (zum Teil einschließlich), Hausnummern 37 bis 56  
Mitteilung des Senats vom 19. Juli 1999  
(Drucksache 15/9 S)
2. Bebauungsplan 1995 C mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen Alfred-Faust-Straße, Kurt-Georg-Kiesinger-Allee, Vadeackerfleet, Kattenescher Fleet, Schul- und Gemeinschaftszentrum Obervieland  
Mitteilung des Senats vom 19. Juli 1999  
(Drucksache 15/10 S)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der September-Sitzung.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung der Tagesordnungspunkte

sechs - Neubildung eines Jugendhilfeausschusses - und sieben - Wahl von sieben Mitgliedern und sieben stellvertretenden Mitgliedern des Beirates für Jugendbildung in der Stadtgemeinde Bremen -, zweitens zur Aussetzung der Tagesordnungspunkte fünf und acht bis 16. Diese Wahlen finden in einer gesonderten Sitzung der Stadtbürgerschaft im Anschluss an die Landtagsitzung statt.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Danke! - Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein, meine Damen und Herren!

### Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen fünf frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die Anfrage fünf wurde zwischenzeitlich von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen.

Die erste Anfrage bezieht sich auf die **Auslastung des Musicals**. Die Anfrage ist unterschrieben von der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte schön, Frau Dr. Trüpel!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Wie haben sich die Besucherzahlen des Musicals seit der Eröffnung in absoluten Zahlen und in Prozent der Auslastungsquote entwickelt?

**Präsident Weber:** Zur Beantwortung der Frage Herr Senator Hattig!

**Senator Hattig:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Bis zum 4. Juli 1999 wurde das Musical Jekyll and Hyde von 163.000 Besuchern aufgesucht. Dies entspricht nach den der Entscheidung der Wirtschaftsförderungsausschüsse zugrunde gelegten Kriterien einer Auslastungsquote von 81,6 Prozent. Dies ist ein sehr positives Ergebnis, da es deutlich über den Planzahlen des ersten Jahres liegt.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Abgeordnete? - Bitte!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, können Sie mir sagen, wie diese prozentuale Auslastungsquote im letzten Monat ausgesehen hat?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Hattig:** Es gibt ein Sommerloch, Frau Dr. Trüpel, mit dem sich alle Veranstaltungen dieser Art zu beschäftigen haben. Das wird man zur Kenntnis nehmen müssen, einfacher gesagt, die Durchschnittsquote der Auslastung wird heruntergehen, aber die bisherige Auslastung zeigt deutlich, dass dieses Musical angenommen wird, und ich bin sehr zuversichtlich für die künftigen Monate ab September.

**Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, danke! Wir werden das genau beobachten! - Senator Hattig: Ich bitte darum! - Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Gibt es weitere Zusatzfragen? - Das ist nicht der Fall, meine Damen und Herren.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Schulzentrum Huckelriede**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Hövelmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Abgeordnete!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Sind die Verhandlungen über den Eckwerteausgleich beziehungsweise die Mieteinnahmen für die Überlassung von Hauptgebäude, Fachtrakt und Mobilbauklassen des Schulzentrums Huckelriede an die Hochschule Bremen abgeschlossen?

Zweitens: In welchem Verhältnis stehen Umbau- und Umzugskosten, Einsparungen von Bewirtschaftungskosten und Mieteinnahmen zueinander?

Drittens: Ab wann stehen Mieteinnahmen zur Verfügung?

**Präsident Weber:** Die Fragen werden beantwortet durch Senator Lemke. Bitte sehr, Herr Senator!

**Senator Lemke:** Meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Ja, die Verhandlungen über die Nutzungsüberlassung des Schulgrundstücks einschließlich Fachtrakt und Mobilbauklassen ohne Turnhalle und die Höhe des Nutzungsentgeltes sind abgeschlossen.

Zu zwei: Bezogen auf den mit der Hochschule Bremen vereinbarten Nutzungszeitraum von drei Jahren betragen die Einsparungen der Bewirtschaftungskosten und die Einnahmen durch die Nutzungsüberlassung das 3,6-fache der Umbau- und Umzugskosten in Höhe von 785.000 DM.

Zu drei: Das Entgelt für die Nutzungsüberlassung wird ab 1.9.1999 von der Hochschule Bremen gezahlt.

**Präsident Weber:** Eine Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Das steht dann auch dem Bildungshaushalt zur Verfügung, das sehe ich richtig?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Lemke:** Selbstverständlich!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Danke schön!)

**Präsident Weber:** Gibt es weitere Zusatzfragen? - Das ist nicht der Fall. Entschuldigung, Herr Abgeordneter Zachau! - Bitte schön!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Herr Präsident! Herr Senator, ich habe doch noch eine Nachfrage. Haben Sie denn in dieses überaus günstige Ergebnis auch die zusätzlichen Aufwendungen eingerechnet, die durch die Renovierung des Gebäudes Handelsschule Grenzstraße geschehen müssten, weil das Gebäude Huckelriede schon renoviert war?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Lemke:** Mir liegen diese Informationen vor, dass dies ein saldierter Betrag ist, dass wir also von Umbau- und Umzugskosten in Höhe von 785.000 DM ausgehen und Einsparungen von Bewirtschaftungskosten in Höhe von 445.000 DM mal drei Jahre und das Gleiche noch einmal mit der Miete, die wir bekommen, 504.000 DM, dies saldiert ergibt zwei Millionen DM. Das sind die Informationen, die mir bis jetzt vorliegen.

**Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Zachau!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist Ihnen bekannt, dass zu dem Projekt auch der Einzug in das Gebäude Grenzstraße gehört und dass dort die Alternative bestanden hat, Grenzstraße oder Huckelriede zu schließen, und dass das Gebäude Grenzstraße für über vier Millionen DM renoviert werden muss, was in Huckelriede nicht der Fall gewesen wäre? Dahin zielte meine Anfrage, das nur zur Erklärung! - Danke!

**Präsident Weber:** Aber was muss denn jetzt beantwortet werden?

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Ob ihm das bekannt ist!)

Ja, bitte, Herr Senator, ist Ihnen das bekannt?

**Senator Lemke:** Ich kann Ihnen nur das sagen, was mir meine Verwaltung diesbezüglich hier mitgeteilt hat. Ich denke, dass ich diese Frage auf jeden Fall selbstverständlich noch einmal überprüfen werde, vielleicht kann aber auch Frau Hövelmann etwas dazu sagen, sie steht da schon!

(Heiterkeit)

**Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage von Frau Hövelmann! - Bitte!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Senator Lemke, sind Sie mit mir der Meinung, dass ein renoviertes Gebäude sich sehr viel besser und auch wirtschaftlich effektiver vermieten lässt und abgeben lässt als ein nicht renoviertes Gebäude, das heißt also, dass es nicht ein Nachteil ist, dass Huckelriede in einem guten Zustand ist?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Lemke:** Da stimme ich Ihnen ohne Frage zu!

**Präsident Weber:** Vielen Dank!

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Gutachten zum Hollerland**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Abgeordnete Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Gibt es ein aktuelles Gutachten zur juristischen Bewertung, ob aufgrund von nationalen oder internationalen Schutzbestimmungen das Hollerland für eine Bebauung nicht genutzt werden darf?

Zweitens: Wenn das mit Ja beantwortet wird, welche Ergebnisse beinhaltet dieses Gutachten?

Drittens: Wann und in welcher Form wird das Gutachten veröffentlicht?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Wischer.

**Senatorin Wischer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Der Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung hat in der letzten Legislaturperiode zwei gutachterliche Stellungnahmen zur Beurteilung rechtlicher Voraussetzungen von Baumaßnahmen im Hollerland in Auftrag gegeben. Sie betrafen zum einen den Bau einer Straße, zum anderen die Erweiterung des Technologieparks Universität Bremen.

Zu zwei: Die Bewertung der gutachterlichen Stellungnahmen wird gegenwärtig von den Fachverwaltungen vorgenommen.

Zu drei: Nach Abschluss der Bewertungen werden die gutachterlichen Stellungnahmen den Mitgliedern der zu beteiligenden Deputationen auf Nachfrage zur Verfügung gestellt.

**Präsident Weber:** Gibt es Zusatzfragen? - Bitte schön, Frau Abgeordnete!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist es richtig, dass die Gutachten bereits seit Juli beziehungsweise seit September 1998 fertig gestellt sind, und wenn ja, warum wurden sie dann nicht zügig den Deputationen zugeleitet?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Wischer:** Ich gehe davon aus, Frau Abgeordnete, dass mein Vorgänger, Herr Senator Dr. Schulte, Gründe hatte, die Bewertung sorgfältig zu machen.

(Heiterkeit)

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, ich habe noch eine weitere Zusatz-

frage, nämlich ob es weitere Gutachten gibt, die in Auftrag gegeben worden sind, die sich explizit mit der Bewertung unterschiedlicher Trassenführungen beschäftigen. Wenn dies richtig ist, wann ist das Ergebnis dieser Begutachtung zu erwarten?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Wischer:** Bis auf die zwei, die ich Ihnen genannt habe, bin ich im Übrigen überfragt, würde ich Ihnen nachreichen.

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wäre nett, danke!)

**Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage von der Abgeordneten Frau Hammerström!

Abg. Frau **Hammerström** (SPD): Frau Senatorin, können Sie uns mitteilen, wie viel Kosten für diese beiden zusätzlichen Gutachten zu den ganz vielen, die auch schon gemacht worden sind, entstanden sind?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Wischer:** Für das Gutachten, was die Straße anbelangt, wurden 30.000 DM und 10.000 DM für das Gutachten zur Erweiterung des Technologieparks ausgegeben.

**Präsident Weber:** Gibt es weitere Zusatzfragen?

Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über eine **Öffnung des Blocklandes**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Mützelburg, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Beabsichtigt der Senat, das Blockland für den Autoverkehr zu öffnen, und wenn ja, wann?

Zweitens: Welche Beeinträchtigungen von Natur, Landwirtschaft und Erholung suchenden Menschen erwartet der Senat bei einer Öffnung des Blocklandes für den Autoverkehr?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Wischer.

**Senatorin Wischer:** Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zur Frage eins: Der Senat beabsichtigt nicht, das Blockland für den allgemeinen Kraftfahrzeugverkehr zu öffnen.

Im Hinblick auf die heute zeitaufwendige Beantragung einer Ausnahmegenehmigung für den Besuch des Dorfgemeinschaftshauses am Blocklander Deich hat das Ortsamt Blockland die Verwaltung gebeten, eine zeitlich beschränkte Freigabe des Deichweges in den Abendstunden zu prüfen. In diesem Rahmen werden von der Verwaltung zwei Alternativen untersucht: eine vereinfachte Form der Erteilung einer Ausnahmegenehmigung, zum Beispiel über die Eintrittskarte, und eine beschränkte Freigabe in der Zeit von 19 bis sechs Uhr. In beiden Fällen ist eine Änderung der gültigen Deichverordnung erforderlich.

Zu Frage zwei: Da der Senat keine generelle Freigabe des Blocklandes beabsichtigt, ist auch keine zusätzliche Beeinträchtigung von Natur, Landwirtschaft und Erholung suchenden Menschen zu erwarten. Durch die oben beschriebenen Lösungen für das Dorfgemeinschaftshaus wird es im Verhältnis zu den heutigen Verkehrsmengen ebenfalls nicht zu einer weiteren Beeinträchtigung kommen.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, wann können wir mit der Vorlage von Änderungen für die Deichordnung rechnen?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Wischer:** Ich gehe davon aus, dass wir diese Frage zügig bearbeiten, und ich hoffe, dass Sie sie dann in der Deputationssitzung nach der Sommerpause erhalten werden.

**Präsident Weber:** Gibt es weitere Zusatzfragen?

Das ist nicht der Fall. Schönen Dank, Frau Senatorin!

Die fünfte und damit letzte Anfrage der Fragestunde, die sich auf das **Gewerbegebiet Schragestraße** bezieht, wurde zurückgezogen.

## **Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

## **Ortsgesetz zur Änderung von Ortsgesetzen über Eigenbetriebe der Stadtgemeinde Bremen**

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 16. Juli 1999  
(Drucksache 15/4 S)

Wir verbinden hiermit:

## **Betriebsausschüsse der Eigenbetriebe der Stadtgemeinde Bremen**

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen  
von 16. Juli 1999  
(Drucksache 15/7 S)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Danemann.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über das Gesetz zur Änderung von Ortsgesetzen über Eigenbetriebe der Stadtgemeinde Bremen abstimmen.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung von Ortsgesetzen über Eigenbetriebe der Stadtgemeinde Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/7 S abstimmen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses**

Wir verbinden hiermit:

**Haushalts- und Finanzausschuss**

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 16. Juli 1999  
(Drucksache 15/5 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/5 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den Wahlvorschlägen.

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Ich bitte den Abgeordneten Zachau, zur konstituierenden Sitzung des Ausschusses einzuladen.

**Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses**

Wir verbinden hiermit:

**Städtischer Rechnungsprüfungsausschuss**

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Juli 1999  
(Drucksache 15/12 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/12 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den Wahlvorschlägen.

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Ich bitte den Abgeordneten Herderhorst, zur konstituierenden Sitzung des Ausschusses einzuladen.

### **Gastronomie unter freiem Himmel**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Juli 1999  
(Drucksache 15/1 S)

Wir verbinden hiermit:

### **Freiluftgastronomie in der Innenstadt bis 24 Uhr öffnen**

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 19. Juli 1999  
(Drucksache 15/8 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Färber und Frau Staatsrätin Winther.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)<sup>1)</sup>: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wann, wenn nicht heute bei dieser Temperatur wäre der richtige Ort, diesen Antrag zu diskutieren? Ich hoffe, das Wetter bleibt auch so, dass wir heute Abend die örtliche Gastronomie alle gemeinsam noch so nutzen können, wie wir es auch gemeinsam in unseren beiden Anträgen vorgeschlagen haben, nämlich über 23 Uhr hinaus.

Meine Damen und Herren, die Diskussion über die Gaststättenöffnungszeiten bewegt die Bremer Öffentlichkeit angesichts des erfreulich warmen Sommers mit warmen Sommerabenden schon seit einigen Wochen. Sie haben es in der Presse verfolgt. Insbesondere in der neu gestalteten attraktiven Schlachte, im Sommer auch Fußgängerzone, wo ganz bewusst Biergärten eingerichtet und genehmigt worden sind, ist das Interesse am Aufenthalt abends unter freiem Himmel und unter gut gewachsenen Bäumen doch sehr lebhaft geworden.

Warum ist es überhaupt ein Diskussionsthema in dieser Stadt? Ein Diskussionsthema ist dieses Thema vor allem deshalb - es gibt es nicht erst in diesem Jahr, sondern gab es auch in den letzten Jahren -, weil keine wirkliche Klarheit darüber herrscht, wer, wo, wann eigentlich wie lange sitzen kann, nicht, wie lange sitzen darf, das ist schon formal vom Stadtamt in den

einzelnen Konzessionen und Auflagen geregelt, die die Betreiber von Gastwirtschaften haben. Ich will Ihnen einmal ein kleines Beispiel nennen:

Am letzten Samstag war Ostertor-Fest, sehr gut besucht, auch vom Umland, sehr laut von der Musik. Es gab dort alles, was an Musik zu bieten war. Freiluftgastronomie gab es natürlich auch auf diesem Fest. Sehr viele Autos sind durchs Viertel gefahren, suchten Parkplätze, stauten, hupten, machten Lärm. 150 Meter weit vom Ostertorsteinweg in einer Kneipe, die ich um 22.45 Uhr aufsuchen wollte, teilte mir der Gastwirt mit: Leider müssen Sie nach innen kommen, weil wir um 23 Uhr die Außen-gastronomie einstellen müssen. Als ich fragte, wieso denn, es ist doch genug Lärm, sagte er, schräg gegenüber wohnt ein höherer Beamter des Justizressorts, der achtet darauf und ruft sofort die Polizei. Ich kann es mir nicht leisten, ich habe eine Abmahnung! Ich zog in dem gleichen Quartier etwa 150 Meter weiter, wo eine Kneipe geöffnet war. Offensichtlich wohnte da kein Beamter aus dem höheren Verwaltungsdienst des Landes Bremen, und dort konnte ich auch bis halb eins sitzen, und niemand hat einen verjagt.

Mit anderen Worten, blicken Sie auf die Schlachte! Am Samstagabend war die Eröffnung einer Gaststätte. Gegen 24 Uhr, so las ich heute in der „Bild“-Zeitung, kamen zwei humorlose Polizisten und drohten mit einer Anzeige. Vor drei Wochen wurde ebenfalls eine Gaststätte eröffnet, es kamen abends auch - ich war zufällig auch anwesend - einige Polizisten vorbei und sagten, es wäre über Ruhestörung geklagt worden. Glücklicherweise waren zwei Senatoren im öffentlichen Straßenraum anwesend, und die Polizisten gingen. So schlicht ist es im Lande Bremen!

Worauf ich hinaus will, ist, es geht darum, ein vernünftiges Konzept und eine Regelung zu haben, die den Bürgern in dieser Stadt ermöglicht, unabhängig von Zufälligkeiten, die an diesen einzelnen Orten in der Innenstadt gegeben sind, tatsächlich im Sommer abends draußen sitzen zu können, und auch über 23 Uhr hinaus, wenn sie nicht durch übergebührligen Krawall die Öffentlichkeit und Anwohner belästigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, darüber sind wir uns alle in diesem Hause einig. Ich weiß, meine Damen und Herren, dass es juristische Probleme gibt, das ist ja seit langen Jahren bekannt. Ich möchte hier nicht auf die Details eingehen. Vom Bundes-Immissionsschutzgesetz ist bekannt, dass es

<sup>1)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

Probleme gibt, es machen Gleichbehandlungs-vorschriften Probleme, es macht das Nachbarschaftsrecht Probleme, die Bauleitplanung, wie sie jeweils Gebiete ausgewiesen hat, also reine Wohngebiete, Mischgebiete und so weiter. Das ist alles bekannt, und dennoch sind wir der Auffassung, dass im Interesse der Bürger, im Interesse der Attraktivität der Innenstadt weitergehende Regelungen gesucht werden sollten, denn wozu stecken wir, damit meine ich jetzt die Stadtgemeinde Bremen, acht Millionen DM in die Renovierung der Oberen Schlachte und über 50 Millionen DM in die der Unteren, wenn dann die dort in großer Zahl gewünschte Gastronomie sich nicht auch so entfalten kann, dass sie ihre volle Attraktivität in Sommernächten ausnutzen kann, meine Damen und Herren?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist ein Widerspruch in sich. Ich weiß, dass es diese rechtlichen Probleme gibt. Deshalb bitten wir auch den Senat, alle Möglichkeiten zu prüfen, zu weitergehenden Regelungen zu kommen, und ich freue mich sehr, dass die Koalition zu genau dem gleichen Ergebnis gekommen ist, denn sie bittet den Senat um ein Konzept.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Immerhin!)

Das ist dann in diesem Zusammenhang auch im Wesentlichen nichts anderes.

Dass es anders geht, meine Damen und Herren, zeigt ein Blick nach Hannover. Das ist ja nicht weit weg. Hannover ist auch eine Stadt, die mit Bremen in vielerlei Dingen konkurriert, und Bremen möchte hier sicher nicht hinter Hannover zurückstehen, so sagen wir es in anderen Fällen. In Hannover hat im Frühjahr der Rat der Stadt die Stadträte aufgefordert, dafür zu sorgen, dass Möglichkeiten im Stadtgebiet existieren, auch über die bisher erlaubten Zeiten öffentlich Freiluftgastronomie anzubieten.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Da ist die Expo noch näher!)

Ja, ich will gar nicht auf die Expo eingehen, weil ich glaube, es ist nicht nur eine Frage der Expo, sondern es ist eine Frage, die für die Bürger die Anziehungskraft der Stadt auch gerade in Zeiten, in denen es nicht solche großen Ereignisse gibt, besonders wertvoll und wichtig macht, so dass man das nicht auf die Expo beschränken muss. In Hannover hat daraufhin die Verwaltung reagiert, und siehe da, heute können Sie in einer hannoverschen Tageszeitung eine Übersicht über 40 Kneipen sehen,

die unterschiedlich lange geöffnet haben, einige nur bis 23 Uhr, viele bis 24 Uhr, manche bis ein Uhr und eine sogar bis vier Uhr morgens, die ist allerdings in keinem reinen Wohngebiet.

Ich denke, was in Hannover möglich ist, muss in Bremen, das doch nun allemal eine oberzentrale Funktion hat und sich mindestens als Landeshauptstadt so wichtig nimmt wie Hannover, doch ebenso möglich sein wie in der Landeshauptstadt Niedersachsen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen])

Das ist der Unterschied. Danke, Herr Kollege Kuhn! Den Senator Lemke wird es sicherlich sehr freuen, Bremen spielt in der Bundesliga, Hannover nur in der zweiten Liga, und auch das zieht mehr Menschen nach Bremen, die vielleicht nach so einem Fußballspiel, ja nicht alle volltrunken und randalierend, auch noch einfach in einer normalen Gastronomie sitzen wollen.

(Zuruf der Abg. Frau Hövelmann [SPD])

Ich sagte ja, die nicht alle volltrunken sind!

Meine Damen und Herren, dieser Antrag spricht für sich. Die Koalition hat einen Antrag gestellt, der in einigen Punkten etwas differenzierter ist, aber letztlich zum gleichen Ergebnis im gleichen Gebiet führt. Ich glaube, wir können gemeinsam eigentlich beide Anträge annehmen, und wir können gemeinsam dann anschließend, wenn es klappt, auch darauf einen trinken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich möchte aber dennoch auf einen Punkt eingehen. Das zentrale Problem ist überhaupt kein juristisches Problem in dieser Frage. So wichtig juristische Probleme in diesem Land und auch in dieser Stadt genommen werden, das zentrale Problem ist, wie organisieren wir ein tolerantes Zusammenleben in der Stadtgemeinde Bremen.

Es ist klar, dass die Leute in Kneipen Rücksicht nehmen müssen auf Menschen, die da wohnen. Es ist aber meiner Meinung nach genauso klar, dass Menschen, die in einer urbanen Stadt leben wollen, an den wenigen Tagen im Jahr, an denen es normalerweise so warm ist, und in diesem Jahr hatten wir bisher 15 Tage, an denen es abends über 15 Grad war, vielleicht draußen sitzen möchten. Das ist sehr viel, es hat noch in keinem der letzten Jahre mehr als 30 solche Tage im Jahr gegeben, das

ist gerade ein Monat, in dem das in Frage kommt. Deshalb gehört es zum städtischen Zusammenleben, dass wir dafür werben, das ist unsere Aufgabe als Politiker und auch Aufgabe des Senats, dass in dieser Stadt Toleranz, nicht gegenüber dem Alkoholismus, aber Toleranz gegenüber denjenigen, die abends im Freien sitzen wollen, genauso einzieht, wie die, die draußen sitzen wollen, Toleranz gegenüber denjenigen haben müssen, die irgendwann auch einmal in Ruhe schlafen wollen.

Wenn sich dieser Gedanke durchsetzt im Zusammenhang mit dem Konzept, das Sie anstreben, und mit der Überprüfung, die wir anstreben, ich glaube, dann hat die Stadt Bremen eine Menge an Attraktivität sowohl für die eigenen Bewohner wie für Gäste von außerhalb gewonnen. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)<sup>\*)</sup>: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ja sehr schön, dass bei einem so schönen Wetter das ganze Haus sich fast einig ist.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wieso, Sie nicht?)

Doch, es ist nur ein kleiner Unterschied! Nach Ihrem Antrag sollen ja nur die rechtlichen Möglichkeiten ausgelotet werden und nach den rechtlichen Möglichkeiten Freigabe sein. Wenn das jetzt bei 23 Uhr endet, was ist denn dann, Herr Mützelburg? Das ist bei unserem Antrag etwas anders. Es soll nämlich ein Konzept erarbeitet werden, und die Aspekte sollen rechtlich abgesichert werden. Das heißt, wenn es ortsgesetzmäßig nicht zulässig ist, bis 24 Uhr zu öffnen, dann soll das Ortsgesetz geändert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Auf jeden Fall bekommen wir eine rechtlich abgesicherte Grundlage, über 23 Uhr hinaus, in unserem Antrag genau beschrieben, bis 24 Uhr zukünftig an der Schlachte und im Viertel sitzen zu können. Ja, das finde ich eine ganz tolle Sache. Solange das nicht geregelt ist, können wir ja den Vorschlag von Dieter Mützelburg oder das, was er festgestellt hat, als die Senatoren sich da aufgehalten haben, vielleicht durchführen ab 23 Uhr. Wir haben

sieben Senatorinnen beziehungsweise Senatoren,

(Heiterkeit)

die laufen dann bei gutem Wetter herum, und schon können wir bis 24 Uhr alle draußen Bier trinken, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen])

Dieser Sommer verspricht ja sehr gut zu werden, es ist jetzt bald Sommerpause, so viel muss nicht mehr regiert werden, bis Anfang September ist es doch durchaus möglich.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Urlaubssperre für Senatoren!)

Wir haben gesagt, wir wollen spätestens für die nächste Saison unverzüglich, steht in unserem Antrag, diese Vorlage haben. Wir wollen gesichert wissen, dass im nächsten Jahr ab 1. April die neue Regelung in Kraft treten kann. Im letzten Absatz unseres Antrages machen wir deutlich, dass wir auch davon ausgehen, dass in diesem Jahr bei gutem Wetter lange draußen gegessen werden kann, auch davon Gebrauch gemacht wird, dass nach 23 Uhr noch Möglichkeiten bestehen. Das ist eigentlich alles, mehr habe ich dazu auch nicht zu sagen, wir sind uns ja sonst auch einig. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kleen.

Abg. **Kleen** (SPD)<sup>\*)</sup>: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hier kommen heute nur die ganz erfahrenen Außengastronomiebesucher zu Wort. Herr Mützelburg hat auf die Wichtigkeit dieses Themas ja schon hingewiesen. Jede Menge Worte sind gefallen, eine Zeitung mit großen Buchstaben hat eine richtige Kampagne gestartet.

Ich möchte gern noch zwei Zitate anfügen, um klarzumachen, worum es hier eigentlich geht. Hermann Krauß, der Geschäftsführer der Handelskammer, hat in einem Gastkommentar gesagt, ich zitiere: „Es geht um ein Stück Zukunftsgestaltung, um ein Mehr an Lebensqualität, auch außerhalb der normalen bürgerlichen Zeiten.“

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

Der DeHoGa-Fachverband Bremen hat das ebenfalls eingeordnet, und zwar schreibt er: „Bremen ist dabei, sich neu zu positionieren, und auf dem besten Wege, die Rangfolge der beliebtesten deutschen Städte neu zu ordnen.“

Meine Damen und Herren, ich bin sehr für längere Öffnungszeiten und möchte, dass wir den Antrag heute beschließen, aber wir sollten doch auf dem Teppich bleiben, die Selbständigkeit Bremens hängt, glaube ich, an diesem Antrag genauso wenig wie der Erfolg der Expo.

Ich kann Ihnen als Huchtinger versichern, für uns ist Bremen die beliebteste Stadt, und da brauchen wir auch an der Reihenfolge überhaupt nichts zu ändern. Aber ich möchte trotzdem warnen, einfach nur in Hurratriotismus zu verfallen. Jeder kommt aus einer eigenen Situation, und das bestimmt auch die Herangehensweise. Wenn man aus einem schönen, ruhigen, grünen Stadtteil kommt wie ich und in Bremen im Theater war oder im Kino oder auf dem Parteitag

(Heiterkeit)

und dann noch einen Schlendertrunk zu sich nehmen möchte, dann denkt man an Asterix und Obelix, wenn bei so einem Wetter die Bordsteine hochgeklappt werden, die spinnen, die Bremer. Wir wollen einerseits das Oberzentrum im Expojahr werden und für die Touristen uns nachhaltig positiv in Szene setzen, damit sie wieder kommen, und andererseits verweigern wir uns selbst und unseren Gästen ein Vergnügen, was viele von uns in zwei oder drei Wochen für das Selbstverständlichste der Welt halten, wenn wir nämlich in Italien, Frankreich, Spanien oder manche vielleicht sogar in Übersee draußen sitzen und unseren Campari-Orange oder unseren Cappuccino trinken.

Aber, meine Damen und Herren, es gibt auch eine andere Betrachtungsweise. In unserer Fraktion hat die Kollegin Uta Kummer darauf hingewiesen, dass sie im Beiratsausschuss im Viertel genau diesen erbitterten Kampf um Minuten und Dezibel miterlebt hat, was zu den negativen Auswirkungen einer lebendigen Großstadt gehört. Sie kennen unseren Spruch: „Wir haben verstanden“, so haben wir das bei der SPD auch angenommen. Wir wollen eine Güterabwägung, die funktioniert zwischen den Interessen der Gewerbetreibenden und ihrer Gäste, dem Recht auf Verwirklichung der persönlichen Freiheit, aber auch dem Recht auf eine Nutzung der privaten Wohnung, die ohne Lärmquellen auskommen muss. Jeder weiß, dass in modernen Zeiten eine Rückzugsmöglichkeit in ruhige, eigene Wände ganz wichtig ist, dass es nicht nur ein Fakt für Spießler oder

gerecht und billig denkende Durchschnittsbürger ist, sondern auch für viele, die wissen, dass es ein Leben nach den Tagesthemen gibt.

Zu einer Güterabwägung gehört allerdings auch, und das hatten ja Herr Mützelburg und Herr Focke sehr in den Mittelpunkt gestellt, dass sich doch auch vieles in unserem Freizeitverhalten verändert hat. Gehen Sie heute einmal um 18 Uhr in die Kneipe, dann sind die noch da, die vom Mittag übrig geblieben sind, aber es sind eigentlich noch keine Abendgäste da. Diese kommen irgendwie um 21 Uhr und wollen dann nicht um 23 Uhr nach Hause gehen.

Auch in Bremen hat sich etwas verändert. Als ich vor zehn Jahren nach Bremen gekommen bin, da war es durchaus noch so, dass man sich nicht auf den Marktplatz setzte und so tat, als müsse man nicht arbeiten, und sich nachmittags - Frau Schreyer, Sie nicken mit dem Kopf - da nicht beim Kaffee erwischen ließ beim Kaffeisieren, statt zu arbeiten. Das hat sich verändert.

(Heiterkeit)

Was war das? Das war bestimmt lümmelig, das nehme ich aber nicht zur Kenntnis. Heute kann man so etwas machen, die Gastronomen müssen sich darauf einstellen. Wir wissen, die Menschen wollen bei gutem Wetter nur draußen sitzen und sonst nirgendwo. Die Alternative, Herr Mützelburg hat es beschrieben, ist nicht, „kommen Sie doch mit nach hinten“, sondern die Alternative ist, „dann suchen wir uns eben ein anderes Lokal“.

Darauf müssen wir eingehen. Wir haben, Herr Mützelburg hat darauf hingewiesen, viel Geld investiert in unsere tollen touristischen Anziehungspunkte im Viertel, im Schnoor und an der Schlachte. Da ist eine Aufbruchstimmung entstanden, und diese Aufbruchstimmung müssen wir unterstützen und nicht stoppen. Wir werden auf der anderen Seite jetzt hier auch keinen Beschluss fassen nach dem Motto, bis 24 Uhr ist ordentlich zu feiern, und bis dahin ist das, was da kommt, grundsätzlich kein Lärm, sondern wir brauchen eine Güterabwägung, die von den verschiedenen Verwaltungen vorgenommen wird und die in ein Senatskonzept fließt.

In diesem Senatskonzept kann möglicherweise auch nach Wochentagen differenziert werden, möglicherweise ist am Wochenende das Bedürfnis, einen Schlummertrunk zu nehmen, größer als in der Woche. Möglicherweise müssen wir uns auch vom Senat sagen lassen,

dass die räumliche Einordnung doch nicht so passt. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, beim Übersee-Museum sitzt man sehr schön, und um die Ecke ist ein Kino, glaube ich, dass da Leute möglicherweise noch einen Kaffee trinken wollen. Ich weiß nicht, ob da wirklich Nachbarn sind, die gestört werden können.

Zum letzten Absatz: Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung weiß, dass wir die rechtlichen Rahmenbedingungen ändern wollen und dass sie natürlich bei materiellen Ordnungsstörungen, also, wenn da Remmidemmi ist, das ist klar, reagieren muss, aber nur hinzugehen, um zu sehen, ob sich auch alle an den Buchstaben des Gesetzes halten, das wäre wohl unangebracht. Das Konzept im Übrigen, Herr Focke, soll unverzüglich vorgelegt werden. Ich gehe davon aus, wenn der August auch nur halb so gut wird wie der Juli, dass dann - -

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist das die neue Linie der Innenpolitik?)

Das hat zunächst einmal nichts mit Innenpolitik zu tun, Herr Vizepräsident, sondern das hat zunächst etwas mit Bauplanungspolitik zu tun, weil die 23 Uhr in den Baugenehmigungen steht. Wir wollen jetzt nicht genau über die einzelnen Verwaltungszweige reden, nur, die Innenpolitik folgt der Bauplanungspolitik nur nach, wenn ich das einmal so sagen darf.

Also, wir werden den grünen Antrag ablehnen, weil er zu undifferenziert ist. Unser Antrag ist gut, und wir fordern die Grünen herzlich auf, dabei zu sein und dem zuzustimmen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Liegen weitere Wortmeldungen vor? - Bitte, Herr Senator Hattig!

**Senator Hattig:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es soll ja vorkommen, dass ein Senator auch spezifische Sachkunde mitbringt.

(Beifall bei der CDU)

Die meisten Kneipen, „Kneipen“ ist aus meiner Sicht ein Lieblingsausdruck für gemütliche Lebensqualität, die meisten Kneipen, über die wir hier reden, konnte ich zu meiner Zeit, als ich noch relativ schnell und selbst entscheiden konnte, fördern.

(Heiterkeit)

So gesehen darf ich doch sagen, dass meine Sympathie, ich lasse die Unterschiede einmal außen vor, den Antragstellern gehört. Ich bin

für ein Liberalisierung, wie schon angedeutet aus Einsicht und aus Übung. Aus Einsicht, weil ich weiß, dass Lebenslust selten aus Gesetzen und Verordnungen kommt, und aus Übung, weil ich zu der seltenen Spezies Mensch gehöre, die auch nach 23 Uhr vor allen Dingen an Sommertagen durstig ist.

Das vorweggeschickt muss ich mich aber der Pflichten eines Senators erinnern und erspare Ihnen nicht einen Exkurs in deutsche Gesetzlichkeit, wobei Sie dann spätestens, wenn ich einige aufzähle, merken, dass wir uns in Deutschland befinden.

Zuständig ist zunächst einmal der Bundesgesetzgeber, und da gibt es drei Gesetze, auf die wir achten müssen. Das ist das Baugesetzbuch, das ist das Immissionsschutzgesetz, und das ist das Gaststättengesetz. Nur für solche, die verfassungsrechtlich nicht so auf der Höhe sind wie ich, darf ich darauf hinweisen, diese entziehen sich unserer gesetzgeberischen Einwirkung. Es sind Bundesgesetze.

Innerhalb dieser Bundesgesetze gibt es gemischte Zuständigkeiten, und da ist nun Bremen gefragt. Auch das ist interessant, wenn man es einmal aufnehmen würde. Zuständig für die baurechtliche Seite ist der Bausenator. Zuständig für die Festlegung der generellen Sperrzeiten, gemeinhin als Polizeistunde bekannt, ist der Innensenator, und zuständig für die Erteilung der Gaststättenerlaubnis ist das Stadtamt, und hier wiederum ist die Fachaufsichtsbehörde der Wirtschaftssenator. - Drei Zuständigkeiten innerhalb Bremens!

Nun haben wir ja in Bremen kurze Wege, wie man gemeinhin weiß und wie wir uns hier oft auch bemühen zu erklären. Ich konzentriere diese Zuständigkeiten einmal auf das bauplanungsrechtliche Problem. Da gibt es Möglichkeiten, eine Lockerung der Sperrzeiten von vornherein in die Bauplanung einzubeziehen. Generell ist dieser Vorgang in Bremen, das haben wir ja eben gehört, mit der Zeit 23 Uhr geregelt, und das gilt auch für die Schlachte, für das Ostertor und das Steintor.

Nun haben Betriebe die Möglichkeiten, Ausnahmen zu erwirken. Erforderlich ist wie üblich ein Antrag, und dieser kann dann von den baurechtlichen Vorgaben abweichen. Solche Abweichungen sind aber häufig sehr problematisch und werden von den Verwaltungsgerichten vielfach kassiert. Wie sagt doch Wilhelm Busch so schön: „Musik wird störend oft empfunden, weil sie mit Geräusch verbunden.“

Das passt an dieser Stelle, und der Hinweis auf die Toleranz, verehrter Herr Mützelburg, ist

natürlich ein fröhlicher, soweit man durstig ist. Wenn man nicht durstig ist und schlafen will, kann das Problem mit der Toleranz schon wieder, wie soll ich sagen, eine andere Perspektive bekommen. Aber ich sage noch einmal: Ich bin für die Toleranzlösung, das heißt also für eine längere Sperrstunde.

Vor allem mit Blick auf die Expo werden wir zu einer Regelung kommen müssen, und dabei gibt es verschiedene Möglichkeiten innerhalb der gesetzlichen Zuständigkeiten, die man vielleicht auch Wirrwarr nennen könnte, nämlich den Gaststätten ein Scheckheft zu geben, mit dem sie selbst entscheiden, wann sie länger öffnen und wann nicht, das Scheckheft vielleicht auf drei, vier Zeitwochen zu begrenzen und zu beschränken, damit man eine Gestaltungsmöglichkeit hat, die auch im Interesse der Beteiligten liegt. Das scheint aus meiner Sicht eine praktikable Lösung zu sein. Ansonsten könnte man im Rahmen des Opportunitätsprinzips bestimmte Überschreitungen stillschweigend zur Kenntnis nehmen.

Zusammengefasst: Die Zuständigkeiten sind leider sehr rechtlich organisiert. Sie sind sehr spezifisch deutsch, sie haben auch manchmal eine bremische Variante. Ich bemühe mich, Sperrstunden zu dem zu machen, was sie eigentlich nicht sein sollen, unsere Lebenslust nicht über Gebühr zu strapazieren. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1 S abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/8 S abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/8 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Meine Damen und Herren, damit ist dieser Antrag angenommen.

(Einstimmig)

Ich wünsche ein fröhliches Prost!

(Heiterkeit)

### **Übertragung von Aufgaben der Stadtbürgerschaft auf die städtische Deputation für Bau**

Mitteilung des Senats vom 13. Juli 1999  
(Drucksache 15/2 S)

Der Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer gemäß Artikel 129 der Landesverfassung der Übertragung von Aufgaben der Stadtbürgerschaft auf die städtische Deputation für Bau zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft stimmt gemäß Artikel 129 der Landesverfassung der Übertragung von Aufgaben der Stadtbürgerschaft auf die städtische Deputation für Bau zu.

(Einstimmig)

### **Altersteilzeit beschäftigungswirksam umsetzen - Junge Lehrer/-innen sofort einstellen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Juli 1999  
(Drucksache 15/3 S)

Wir verbinden hiermit:

**Altersteilzeit beschäftigungswirksam umsetzen - Junge Lehrerinnen und Lehrer sofort einstellen**

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 19. Juli 1999 (Drucksache 15/11 S)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Zachau.

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! In dem Antrag ist beschrieben, dass die Altersteilzeit als ein Teil des Generationenvertrages ein Mittel sein soll, durch Umverteilung von Arbeit und Einkommen Einstellungsmöglichkeiten für junge Leute zu eröffnen. Das ist vor dem Hintergrund dessen, was an Personalprognosen für den öffentlichen Dienst insgesamt gegeben ist, zu sehen. Wir wissen ja von den ehrgeizigen Zielsetzungen des Senats, eine besonders notwendige Angelegenheit, Wege zu öffnen, um die Sparprogramme nicht zu einem Closed Shop für die junge Generation werden zu lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Koalitionsvereinbarung der beiden Parteien hat dies auch ausdrücklich betont. Sie hat es im Zusammenhang mit dem Bildungshaushalt betont. Wir beantragen das jetzt für den Bildungsbereich und wissen, dass die Maßnahme für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes notwendig wäre. Im Bildungsbereich ergibt sich allerdings ein besonderer Handlungsdruck, weil das neue Schuljahr vor der Tür steht.

Wir erleben und hören in diesen Tagen, dass es offensichtlich erhebliche Probleme bei der Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern an den Schulen gibt. Die Sek-I-Schulleiter haben darauf hingewiesen, dass trotz geringerer Zuweisungen im Verhältnis zum letzten Jahr dieses Jahr in ihrem Sektor etwa 50 Lehrerinnen und Lehrer fehlen. Sie haben in der neuen Sprache des Bildungssektors das schöne Bild gesetzt, dass man mit neuen Spielern keine deutsche Meisterschaft gewinnen kann. Das fand ich ein treffendes Beispiel. Immerhin haben sie einen Pokal mit elf geholt, das ist ja auch nicht schlecht.

Es gibt insgesamt ungefähr 290 Lehrerinnen und Lehrer, die dieses Altersteilzeitmodell für sich beantragt haben. Ein Teil davon als so genanntes Blockarbeitszeitmodell, das heißt, sie arbeiten jetzt voll weiter und wollen dann später, wenn sie an die Pensionsgrenze herankommen, vorübergehend ihre Zeit dann abhängen. Das hat für den öffentlichen Arbeitge-

ber übrigens den Vorteil, dass sie faktisch ein zinsloses Darlehen gewähren, das muss man einmal ganz klar sehen.

Wir sind der Meinung, dass wegen der Strukturprobleme, also wegen der Unterversorgung mit Lehrerinnen und Lehrern, sofort gehandelt werden muss und sämtliche Mittel, die aus Altersteilzeit frei werden, eingesetzt werden müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sämtliche Mittel deswegen, weil dieses Modell bei einem Haushalt, der budgetiert ist, ohnehin schon ein Problem darstellt, weil wir letztlich weniger Arbeit für mehr Geld bekommen, und wenn jetzt ein Teil dieser Mittel noch eingespart wird, wäre das nicht gut. Es gibt hier einen Konflikt im Senat, ich möchte darauf hinweisen. In den Mitteilungen des Senats zur finanzwirtschaftlichen Ausgangslage, die den Vorlauf zu dem Sanierungssicherstellungsgesetz, so ähnlich wird das wohl heißen, darstellt, wird auf Seite 21 darauf hingewiesen, dass die Altersteilzeit ein Instrument ist, um die Mehrausgaben aufzufangen, die aufgrund der Tarifierhöhung zustande gekommen sind. Hier ist der Senat nicht klar in seiner Linie, und daraus scheint sich ein ziemlicher Konflikt zu ergeben.

Wir haben einen Antrag gestellt, und zu meiner großen Freude hat die Koalition jetzt auch einen Antrag gestellt, der sich nur in zwei Punkten von unserem unterscheidet. Ich nehme gern zur Kenntnis, dass der Bildungssenator mit einem grandiosen Public-Relations-Einstieg seinen Berufsanfang organisiert hat, aber dass jetzt die Koalition schon fordert, daraufhin eine „Verjüngerung“, wie es im Antrag steht, des unterrichtenden Personals durchzuführen, finde ich, geht wirklich zu weit.

Sie wollen nur in unbestimmter Höhe die frei werdenden Mittel einsetzen, wir sind der Meinung alle Mittel. Das habe ich ausgeführt, und aus diesem Grund bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD)<sup>1)</sup>: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Instrument der Altersteilzeit ist bewusst als personalwirtschaft-

<sup>1)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

liches Instrument eingesetzt und konzipiert worden. Wir haben das durch den Tarifvertrag im Angestelltenbereich gelöst, und das Bundesland Bremen ist eines der wenigen, das es auch für den Beamtenbereich übertragen hat. Das ist schon einmal ein positives Merkmal.

Eigentlich, meine Damen und Herren, hatte ich ein paar mehr Anträge erwartet bei dem Beschäftigungsvolumen, das wir im Bildungsbe- reich haben, allerdings 292, davon 198 Anträge zum Blockzeitmodell. Der Kollege Zachau hat schon gesagt, dass dadurch die Arbeit jetzt gebündelt wird und dann ein übergangsloser Weg in den vorgezogenen Ruhestand gemacht wird. Das ist das eine. Dies belastet uns jetzt erst einmal nicht, meine Damen und Herren, denn diese 198 Kolleginnen und Kollegen ar- beiten ja mit voller Stundenzahl weiter. Es be- lastet uns später, das wollen wir nicht aus dem Auge verlieren.

94 Lehrerinnen und Lehrer haben reale Teilzeit beantragt, das heißt, sie arbeiten jetzt zu 50 Prozent, das machen sie bis zu ihrer Pensio- nierungsgrenze mit 65 und bekommen über die ganze Zeit zirka 83 Prozent ihrer Bezüge.

Diese 50 Prozent Arbeitskraft fehlen in der Tat in der Schule, und die 60 Einstellungen, die wir haben, können dies nicht auffangen, auch nicht die Vollzeitstellen, die wir aus der Volkshoch- schule bekommen haben, bei denen wir die Verträge der Kolleginnen und Kollegen dann auch aufgestockt haben.

Deshalb, meine Damen und Herren, wird, wenn ich das richtig verstanden habe, darüber verhandelt, die Effekte der Altersteilzeit aufzu- fangen, und zwar jetzt aktuell. Ich weiß nicht, ob schon Ergebnisse vorliegen, ich habe ge- hört, so zwischen null und 20 wird sich die Zahl der zusätzlichen Einstellungen bewegen kön- nen. Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist, welche Mittel denn tatsächlich frei werden, und hier können wir nicht nur in diesem Jahr schauen, sondern wir müssen auch schauen, was passiert, wenn die Altersteilzeit dann wirk- sam wird.

Ich sehe, dass der Abgeordnete Dr. Schrörs als Haushaltsexperte seiner Fraktion sehr sorgfältig zuhört, was ich hier sage, denn natürlich wird hochgerechnet, und wir können das nicht den nach uns folgenden Parlamentarie- rinnen und Parlamentariern oder den Jugendli- chen, den Eltern und Lehrern überlassen.

Meine Damen und Herren, wir haben in diesen schwierigen Zeiten ja zur Einstellung gesagt, und zwar eindeutig! Wenn Sie sich den Antrag anschauen, ist dort ohne Wenn und Aber ge-

sagt worden: Junge Lehrerinnen und Lehrer sofort einstellen; und zwar ist dies auch als Si- gnal an die Schulen gedacht, die vor den Feri- en nicht überall eine Planungssicherheit ha- ben. Die Stadtbürgerschaft wird deshalb heute den Senat auffordern, hier ein Konzept zu ent- wickeln, das dann zum Schuljahresbeginn wirksam ist, so dass der Schulbeginn störungs- frei laufen wird. Dazu gehören auch - wir ha- ben das nicht hineingeschrieben - Erwartun- gen, das ist ja bekannt, die in Richtung Perso- nalmix gehen, um das Kollegium insgesamt zu verjüngen, aber nicht nur Lehrerinnen und Leh- rer einzustellen. Hier ist die Kreativität der Be- hörde gefragt, und ich setze auch darauf, dass das passieren wird.

Nun kommen wir zu dem Abstimmungsverhal- ten! Herr Zachau hat darauf hingewiesen, dass sich die Anträge gleichen, allerdings nicht in allen Punkten. Ich würde einmal sagen, wir ha- ben nach einem Rendezvous mit der Realität den Antrag optimiert,

(Heiterkeit bei der SPD)

und deshalb werden wir Ihren Antrag entspre- chend ablehnen, aber im Geiste Ihres Antrages mit einem Blick für die Realität handeln, und fordern Sie auf, ähnlich wie beim letzten Tä- gesordnungspunkt zu verfahren. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Bürger.

Abg. **Bürger** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem Instrument Alters- teilzeit will man für Beamte erreichen, dass sie einmal frühzeitiger in Pension treten beziehungsweise einen gleitenden Übergang in die Pension erreichen oder wählen können und im Zusammenhang mit den beiden Möglichkeiten dann auch jüngere Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden, zumindest teilweise für das frei gewordene Geld diese Umsetzung erfolgen soll. Es ist richtig, dass die Koalition das In- strument Altersteilzeit nutzen möchte - Herr Zachau hatte das aus dem Koalitionsvertrag zitiert -, um eine Verjüngung des unterrichten- den Personals einzuleiten.

Herr Zachau, im Koalitionsvertrag steht aber auch, und ich will das der Vollständigkeit hal- ber sagen: „Auf der Basis der abgestimmten Lehrerbedarfsplanung wird das Personalko- stebudget einschließlich eines Einstellungs- korridors für Lehrkräfte im Umfang von zirka 400 Stellen für die Legislaturperiode, Stadtge- meinde Bremen, abgesichert.“ Das war ge-

meint einschließlich der teilweise wieder zu besetzenden Stellen, die durch Altersteilzeit frei werden. Das hat natürlich Konsequenzen für den Haushalt des Jahres 2000.

Im Rahmen der Finanzplanung, meine Damen und Herren, wird es im Herbst dieses Jahres eine Klärung geben, wie mit den Konsequenzen, die sich aus der Altersteilzeit insgesamt ergeben, umzugehen sein wird. Jedes Ressort, also auch Bildung, muss durch eine vorausschauende Planung sicherstellen, dass zweckgebundene Rücklagen aus den dort frei werdenden Mitteln der Altersteilzeit gebildet werden, dass daraus zumindest teilweise das Blockmodell dann auch finanziert und umgesetzt werden kann. Herr Zachau, ich möchte das an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen, um nicht Hoffnungen zu wecken, die dann nachher nicht erfüllt werden.

Durch wachsende Zahlen beim Gebrauch der Altersteilzeit wird es, und davon gehen wir aus, erhöhte Wiederbesetzungsmöglichkeiten dann auch geben müssen. Aber zu diesem Zeitpunkt, Herr Zachau, einen Blankoscheck zu geben, das wird nicht möglich sein!

Bei den vorzusehenden Einstellungen ist natürlich zu berücksichtigen, dass im Moment die Schülerzahlen leicht steigen. Aber Sie wissen auch ganz genau, meine Damen und Herren von den Grünen, dass in absehbarer Zeit die Schülerzahlen wieder sinken werden. Auch dies muss man bei einer solchen Konzeption berücksichtigen.

Nun zu Ihrem vorliegenden Antrag, Herr Zachau, den wir ablehnen werden, weil er sich zum Teil auch bereits in Umsetzung befindet beziehungsweise weil Sie das volle frei werdende Geld wieder für Neueinstellungen verwenden wollen und wir unsere Möglichkeiten nicht in dem Maße sehen aufgrund der Finanzsituation in Bremen!

Ich darf daran erinnern, dass noch aus dem Einstellungskorridor zum 1.8.1999 freie Stellen vorhanden sind und diese auch besetzt werden. Das ist in der Größenordnung von etwa 13,5 Stellen, auch dafür werden junge Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Diese 13,5 vorgesehenen Stellen waren ursprünglich verplant, weil sich Lehrer eingeklagt hatten beziehungsweise durch Umsetzung Volkshochschule. Mir ist mitgeteilt worden, dass diese 13,5 Stellen glattgestellt worden sind. Sie sind praktisch dem Bildungsressort geschenkt worden, um das einmal ganz nüchtern zu sagen, und deshalb können diese 13,5 Stellen noch zusätzlich mit jungen Lehrerinnen und Lehrern besetzt werden. Ich meine, das ist durchaus zu

honorieren und positiv hervorzuheben, weil doch auch diese 13,5 Stellen zur Entlastung der Defizite nachher letztlich dienen werden.

Ferner weise ich darauf hin, dass durch intensive Gespräche, die auch heute Morgen stattgefunden haben, erreicht werden konnte, dass 20 Stellen in Form eines Vorziehens auf das Haushaltsjahr 2000 geschaffen werden, wobei es durchaus, das will ich an der Stelle schon sagen, noch erhebliche Haushaltsrisiken geben wird. Diese 20 Stellen, die auf das Haushaltsjahr 2000 vorgezogen werden, sollen im Wesentlichen darauf verwendet werden, das erhebliche Defizit - so wie ich informiert bin, Herr Senator Lemke - für den Sonderschulbereich zu beheben. Das, meine ich, ist auch insbesondere gerade im Sonderschulbereich dringend erforderlich.

Es ist geplant, die 400 vorgesehenen Einstellungen, was das Haushaltsrisiko 2000 angeht, nicht gleichmäßig jedes Jahr zu 100, sondern am Anfang der Legislaturperiode weniger und dann zum Ende hin in höherer Zahl vorzunehmen.

Soweit mir bekannt, Herr Bürgermeister Perschau, wird der Senat morgen einen Beschluss fassen, dass diese 20 Einstellungen dann auch vorgenommen werden dürfen. Wir hoffen, dass das auch noch klappt, dass diese Lehrerinnen und Lehrer dann zum 1.9. zur Verfügung stehen. Die Zeit dafür ist knapp genug.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Normaltariflich eingestuft?)

Meine Damen und Herren, ich möchte aber an der Stelle deutlich machen, dass aufgrund der engen Finanzen, die wir in Bremen zur Verfügung haben, und zur Sicherung des Unterrichts nach der Stundentafel über die Einstellungen hinaus auch andere und weitere Maßnahmen unbedingt weiter geprüft und umgesetzt werden müssen. Ich meine, dass dieser Ort heute auch richtig ist, dass ich es mit erwähne. Wir sind der Auffassung, dass eine stringente Rückführung von Lehrerinnen und Lehrern, die außerschulisch und außerunterrichtlich eingesetzt sind, durchgeführt werden muss, wobei ich immer dafür eingetreten bin, dass eine Einzelfallprüfung durchgeführt werden sollte. Nicht, dass im Kulturbereich zum Beispiel etwas wegbriecht, was nachher nicht mehr zu reparieren ist!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Kultur gibt die Stellen!)

Da müssen wir dann auch in der großen Koalition einmal für deutliche Worte sorgen, dass

derjenige, der die Dienstleistung beansprucht, dann auch dafür bezahlen muss.

(Beifall bei der SPD)

Ich hatte in der letzten Woche bereits diesbezüglich ein erstes Gespräch mit unserem Kultursenator Dr. Schulte.

Wir sind auch dafür, dass die festgelegten Klassenfrequenzen wirklich durchgeführt und eingehalten werden. Da sind noch große Spielräume, Herr Senator Lemke, auch im Gesamtschulbereich. Ich bin ferner der Meinung, dass überprüft werden muss, ob das Quali-Mot-Programm, wie es so schön heißt, in dem vorgesehenen Umfang überhaupt noch notwendig ist, denn je weniger Lehrkräfte ich umsetze oder versetze, desto weniger brauche ich zu qualifizieren, zu motivieren und weiterzubilden für andere Schularten beziehungsweise -stufen. Dann, meine ich, muss auch diese Zahl der in diesem Topf vorgesehenen Stunden reduziert werden.

Eine weitere Frage ist, ob die Verfügungsstunden, die bisher vorgesehen sind und sich immer und überall in Umsetzung befinden, in dem Umfang notwendig sind. Ein weiterer Punkt: Zur Abdeckung des Unterrichts muss auch über den jetzigen Stundenumfang des Sozialstrukturtopfes nachgedacht werden.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Nein, das kommt nicht in Frage!)

Ja, wenn wir die Studentafel umsetzen müssen, dann müssen wir auch darüber nachdenken! Ich meine, es darf da keine Tabus geben.

Der Vertretungsunterricht, meine ich, meine Damen und Herren, muss im Krankheitsfall sichergestellt werden. Da stellt sich die Frage, ob das nicht möglich ist über die Abwicklung Dritter, das heißt über freie Träger, dass die dann eventuell Lehrkräfte einstellen. Es muss auch geprüft werden, Herr Senator Lemke, ob die eingeschränkten Möglichkeiten, die wir in Bremen zur Verfügung haben, um Krankheitsvertretungsunterricht erteilen zu lassen, nicht nach dem Hamburger Modell ausgeweitet werden können. Die Hamburger haben wesentlich mehr Möglichkeiten, Lehrerinnen und Lehrer für Krankheitsvertretungsunterricht zu gewinnen. Ich bitte Sie, auch das ernsthaft zu überprüfen!

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Nicht nicken, Herr Senator!)

Doch, das darf er ruhig machen! Wenn das in einem SPD-regierten, sogar rotgrün-regierten

Hamburg möglich ist, dann, meine ich, muss das auch hier in Bremen möglich sein.

Meine Damen und Herren, wenn diese Dinge geprüft, umgesetzt werden und wir zu einer entsprechenden Zahl von Neueinstellungen kommen, dann gehen wir davon aus, dass der Unterrichtsbeginn durchaus zum 5. September gesichert sein wird. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort Herr Senator Lemke.

**Senator Lemke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es ganz toll, dass der erste Antrag, zu dem ich Stellung beziehen kann, das vorhin war nur eine Anfrage, ein Antrag ist, dem alle zustimmen können, mit einer kleinen Einschränkung. Da im Prinzip alle Fakten sehr sauber bisher schon aufgearbeitet worden sind, will ich mich nur auf diesen kleinen Unterschied beziehen. Allerdings erlauben Sie mir, vorweg Ihnen ein wenig zu erzählen aus den ersten zehn Tagen! Die ersten zehn Tage sind acht Schulen, die ich besucht habe, bei denen ich gemerkt habe, wie wichtig es ist, dass wir uns vor Ort mit den Schulleitungen und den Lehrerinnen und Lehrern, aber auch Schülern über ihre Situation unterhalten und da einmal ganz klar differenzieren.

Insofern bin ich auch sehr dankbar für die Initiative, ich kann es durchaus sagen, die nun mir, glaube ich, seit dem letzten Freitag bekannt ist. Ich kann Ihnen aber sagen, Herr Zachau, dass ich seit dem 7. Juli, das ist der Tag, an dem ich vereidigt worden bin, mit meinem Staatsrat und meiner Behörde ganz engagiert daran arbeite, genau das umzusetzen, was Sie im Prinzip von der Zielrichtung vorgegeben haben, und das, was durch den Antrag der SPD und CDU heute ein wenig spitzer auf den Punkt gebracht wird, weil die Anträge in einem Punkt doch unterschiedlich sind.

Aber einen kleinen Schlenker noch zurück auf das, was ich bisher in den Schulen erlebt habe! Wir haben ein großes Imageproblem. Normalerweise würde ich es meiner Kollegin in Schleswig-Holstein nachmachen müssen, die sagt, ich gebe einmal ein paar Millionen DM für eine PR-Kampagne aus und beplustere diese Stadt, dieses Land mit 18 Einzelplakaten: „Unsere Schule ist Klasse!“, oder etwas Ähnliches. Ich habe in allen Schulen aber ausschließlich engagierte Lehrerinnen und Lehrer gesehen, die mir in den einzelnen Schulen ganz unterschiedlich wirklich phantastische zusätzliche

Arbeit neben dem Unterricht vorweisen konnten.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe gelernt als einen ganz wichtigen Punkt, dass wir aufhören müssen, die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen permanent zu verteufeln, nur weil wir hier und da einmal so einen Drückeberger oder einen kleinen Fall sehen, mit dem wir nicht übereinstimmen und den wir dann an den Pranger stellen. Ich sage Ihnen, ich stelle mich ganz eindeutig vor die Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land, und ich werde an ihrer Spitze dafür kämpfen - -.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Das hörte sich vor 14 Tagen noch ganz anders an, Herr Senator!)

Nein, lesen Sie einmal nach! Ich will diejenigen unterstützen, die motiviert und engagiert arbeiten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diejenigen, die sich vor ihrem Job drücken, werde ich ein wenig schubsen. So habe ich es auch im „Focus“-Artikel gesagt. Wenn die darüber schreiben „Willi - der Lehrerschreck“, dann ist das nicht mein Problem. Das ließ sich aber wahrscheinlich an dem Tag besser verkaufen.

Ich sage Ihnen ganz deutlich, ich will die Schulleitungen in ihrer Kontrollfunktion unterstützen, das empfinde ich als sehr, sehr wichtig, aber ich will auch die Lehrerinnen und Lehrer ganz massiv unterstützen in ihrer positiven und guten Arbeit. Ich will es auch ganz klar nach draußen sagen, weil es nicht angeht, dass die Kolleginnen und Kollegen in Frust abtauchen und vor den Schülern fliehen, wie ich zum Teil aus anderen Bundesländern berichtet bekomme.

Zu Ihrem Antrag! Da ist der kleine Punkt, auf den ich noch einmal alle Damen und Herren des Hauses hinweisen möchte: Es wäre völlig falsch, wenn wir sagen, was in dem Antrag der Grünen steht, wir geben sämtliche Mittel sofort frei. Das ist ungefähr so, als wenn ich sage, ich schließe einen Bausparvertrag ab, den ich in vier oder fünf Jahren zum Hausbau nutzen will, aber ich spare nicht an. Dann kann ich in Zukunft auch kein Haus bauen! Wenn wir verantwortliche Politik für unsere Schulen machen wollen, dann müssen wir diese Mittel aus dem Blockmodell ganz klar jetzt zurücklegen, um sie in zwei, drei, vier oder fünf Jahren, je nachdem, wann die Kollegen in den Ruhestand gehen, nutzen zu können, um dann massiv junge Kolleginnen und Kollegen einzustellen.

Fazit: Richtig ist der Weg des SPD/CDU-Antrags. Ich danke meiner Behörde ganz ausdrücklich, dass sie das jetzt auch ganz engagiert angefasst hat. Es ist nun durch Ihre Initiative etwas schneller bekannt geworden, Herr Zachau, sonst hätten wir es wahrscheinlich erst morgen bekannt gegeben, das muss man Ihnen zubilligen, aber das ist in Ordnung. Das ist auch keine parteipolitische Frage, mir geht es in erster Linie darum, dass wir Schulfrieden wahren. Wenn die Schülerinnen und Schüler am 6. September wieder in die Schulen kommen, dann möchte ich als Senator Schulfrieden gewahrt haben, und deshalb haben wir gearbeitet, so wie es bereits gesagt worden ist.

Wir werden sehr wahrscheinlich, Herr Perschau hat eben noch einmal grünes Licht gegeben, nachdem die Behörden das untereinander abgestimmt haben, 20 junge Lehrerinnen und Lehrer zum Schuljahresbeginn zusätzlich im Vorgriff einstellen können.

Außerdem, das ist bis jetzt noch nicht genannt worden, das ist aber auch wichtig, wir werden etwas umstellen. Wir werden den Gürtel auch an den Schulen noch etwas enger schnallen müssen. Ich habe übrigens nur Zustimmung bei den Kolleginnen und Kollegen gehört, die gesagt haben, das müssen wir gemeinsam im Dialog und in Kommunikation lösen, nicht durch Anordnung von oben, sondern wir müssen versuchen, das gemeinsam zu lösen.

Da, wo Verwaltungsaufwand an den Schulen betrieben wird und dafür Unterricht ausfällt und das nicht unbedeutend, müssen wir den Gürtel etwas enger schnallen, denn, alte Fußballerweisheit - so ein paar Fußballersprüche habe ich heute ja schon hier gehört -, wichtig ist es auf dem Platz. Wichtig ist es in den Schulen im Unterricht, da wollen wir in erster Linie Erfolge aufweisen können, und da können uns die Eltern und die Schülerinnen und Schüler zuerst auch griffig in die Verantwortung nehmen, wenn wir unseren Auftrag, der in der bremischen Landesverfassung enthalten ist, ernst nehmen. Wir sind verpflichtet, die Schülerinnen und Schüler gemäß ihren Begabungen zu fördern und auszubilden. Gemäß ihren Begabungen, das heißt, wir sind nach wie vor entschlossen und dazu verpflichtet, die benachteiligten Schülerinnen und Schüler besonders zu fördern.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Aber, und das sage ich an dieser Stelle genauso eindeutig, wir dürfen die begabten Schüle-

rinnen und Schüler dabei nicht vergessen, denn die haben auch einen Anspruch.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Also, das gute Sahnehäubchen oben darauf ist nicht nur, dass wir morgen 20 Stellen beschließen wollen, sondern wir wollen auch versuchen, einige hunderttausend DM frei zu bekommen, um umzuwandeln, das da, wo bisher Verwaltung gemacht worden ist oder Betreuung vollzogen worden ist, in einem Personalmix zu gestalten, in der Gestalt, dass wir dann eben eine größere Summe Geldes noch bekommen, damit der Schulfrieden am 6. September gewährleistet ist. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/3 S abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, mit der Drucksachen-Nummer 15/3 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Frau Schwarz [SPD])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Ich stelle fest, meine Damen und Herren, die Stadtbürgerschaft lehnt diesen Antrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/11 S abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/11 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen worden.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass weitere Tagesordnungspunkte für heute nicht mehr vorliegen. Ich kann aus diesem Grunde die Sitzung der Stadtbürgerschaft schließen und Sie auffordern, möglicherweise schon jetzt wirtschafts- und finanzkraftstärkende Dinge an der Schlachte zu unternehmen, aber bitte nicht zu übertreiben.

Ich schliesse die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 15.21 Uhr)